

Deutsche Europapolitik aus Sicht Italiens 1992-2012: Vergangenheit und Vorurteil im italienischen Deutschland-Bild

Niglia, Federico

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Niglia, F. (2012). *Deutsche Europapolitik aus Sicht Italiens 1992-2012: Vergangenheit und Vorurteil im italienischen Deutschland-Bild*. (DGAP-Analyse kompakt, 7). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53389-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

kompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e. V.

September 2012 N° 7
ISSN 2191-4869

Deutsche Europapolitik aus Sicht Italiens 1992–2012

Vergangenheit und Vorurteil
im italienischen Deutschland-Bild

von Federico Niglia



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Deutsche Europapolitik aus Sicht Italiens 1992–2012

Vergangenheit und Vorurteil im italienischen Deutschland-Bild

von Federico Niglia

Die neue italienische Regierung unter Mario Monti hat sich bemüht, eine neue Dialogkultur mit der deutschen Bundesregierung zu etablieren. Es gibt gute Gründe für Italien und Deutschland, ihre Beziehungen in der Krise wiederzubeleben. Die Aufgabe ist im Grunde einfach: Sowohl Deutsche als auch Italiener müssen erkennen, wie eng die bestehenden Beziehungen bereits sind und wo weiteres Potenzial schlummert, insbesondere in der Wirtschaft. Ihre Partnerschaft müssen sie in der Öffentlichkeit auf eine realistischere Weise darstellen. Doch Stereotypen und Fehlperzeptionen, die bereits in der Vergangenheit das italienische Deutschland-Bild bestimmten, sind wieder in den Vordergrund getreten und nicht so leicht in den Griff zu bekommen.

Die Vorstellung, dass Deutschland und Italien eine gemeinsame Vergangenheit und eine gemeinsame Zukunft haben, hat Wissenschaftler und Publizisten seit dem 19. Jahrhundert beschäftigt. Man erwartete, dass den beiden »verspäteten Nationen« eine ähnliche Zukunft beschieden sein würde, ungeachtet kultureller, politischer und wirtschaftlicher Unterschiede. Auch die Katastrophe zweier Weltkriege und die Tragödie der Jahre 1943–1945 haben diesen Glauben nicht vollständig erschüttert.

Auch heute noch werden Deutschland und Italien, zumindest im italienischen Narrativ, als zwei Länder bezeichnet, die »etwas gemeinsam« haben. Ein gemeinsames Schicksal, das gleichzeitig eines der Hauptelemente der europäischen Rhetorik ist: Deutschland und Italien sind Länder, die Diktaturen überwunden und neue Demokratien im europäischen Rahmen geschaffen haben. Die Wiederannäherung zwischen den beiden Ländern in der Nachkriegszeit wurde durch zwei Führungspersönlichkeiten symbolisiert: Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer.¹

Schaut man allerdings auf die Emotionen, die in den deutsch-italienischen Beziehungen im Spiel sind, dann ergibt sich ein etwas komplexeres Bild. Das Bild von Deutschland und den Deutschen war stets eine Mischung aus öffentlichen und persönlichen Narrativen, wozu Vorurteile und alte Ste-

reotype gehören. Während des Kalten Kriegs, als Italien und die Bundesrepublik offizielle Verbündete bei der Verteidigung des Westens waren, war die italienische Sicht auf Deutschland eine bunte Mischung aus positiven und negativen Elementen. Im öffentlichen Diskurs wurde Deutschland stets als einer der engsten politischen und wirtschaftlichen Partner beschrieben, der dieselben Visionen und Ansichten hatte, wenn es um internationale und europäische Fragen ging. Auf der anderen Seite wurde Deutschland, ungeachtet seiner Teilung, als ein Land gesehen, das »zu groß« war, um der Versuchung zu widerstehen, in der Europäischen Gemeinschaft Macht an sich zu reißen.²

Als Adenauer eine politische Achse mit Charles De Gaulle etablierte, wurde die Angst vor einer Koalition zwischen den größten westeuropäischen Ländern für viele Italiener zu einer fixen Idee. Diese Ambivalenz besteht bis heute. Der Verdacht, Deutschland könnte Führungsansprüche hegen, ist im italienischen Denken tief verwurzelt, und zwar nicht nur bei den normalen Bürgern; er wird von der politischen und diplomatischen Elite geteilt. Wie die zeitgeschichtliche Forschung herausgearbeitet hat, hat die italienische Diplomatie immer wieder versucht, den Aufstieg Deutschlands einzudämmen und Argwohn unter den Regierungen der kleineren europäischen Länder zu nähren. Giulio Andreotti, die maßgebliche politische Führungsfi-

gur Italiens bis in die späten achtziger Jahre, pflegte François Mauriac zu zitieren, der erklärte, dass »wir Deutschland so sehr lieben, dass wir am liebsten zwei davon hätten.« In den Jahren 1989–1990 versuchte die italienische Regierung (erfolglos), den Prozess der deutschen Einigung aufzuhalten, und lieferte dadurch die Bestätigung für das Fortbestehen alter Vorurteile. Nach der Wiedervereinigung kehrte wieder Normalität in die offiziellen Beziehungen zwischen Rom und Berlin ein, und bald gestalteten sich die Beziehungen wieder so harmonisch wie zuvor die zwischen Rom und Bonn. Seitdem aber sieht sich Italien einer neuen kontinentalen Macht gegenüber, die frei von den Fesseln ist, die ihre Möglichkeiten, eine aktive Rolle in Europa und der Welt zu spielen, 40 Jahre lang eingeschränkt hatten. Es fiel Italiens Intellektuellen ziemlich schwer, sich an ein verändertes Europa anzupassen. Ein Artikel aus der Feder des bekannten Journalisten Furio Colombo zeigt das deutlich. »Ich fürchte«, schrieb Colombo 1990, »dass das Ungleichgewicht zwischen Deutschland und Europa noch deutlicher werden wird. Denn während Deutschland physisch stärker wird, nehmen das Verantwortungsbewusstsein und die Aufmerksamkeit seiner Partner ab, und ebenso die Entschlossenheit, ihrerseits eine Hauptrolle zu spielen. [...] Für uns ist also das Problem Deutschland mit dem Problem Italien verknüpft.«³

Die Unfähigkeit, die positive Rolle zu akzeptieren, die ein vereinigt Deutschland in Europa spielen könnte, hat viele Italiener dazu verführt, alte Slogans gegen Deutschlands hegemoniale Ambitionen aus der Mottenkiste zu holen. Diese Perzeptionen spielten eine wichtige Rolle, als in den neunziger Jahren mit dem Vertrag von Maastricht eine neue Phase der europäischen Integration anbrach.

Maastricht und der Mythos eines »germanisierten« Europas

Aus italienischer Perspektive war Maastricht ein typisch »deutsches« Produkt, denn der Vertrag war in starkem Maße beeinflusst von der deutschen ökonomischen Tradition und Vision mit ihrer Betonung von Stabilität und dem Kampf gegen Inflation; die Währungsunion wurde daher als Auswei-

tung der deutschen Währungsregeln auf den Rest Europas interpretiert. Als der Vertrag unterzeichnet und ratifiziert wurde, machte Italien eine Phase dramatischen institutionellen und wirtschaftlichen Wandels durch. Es hatte erhebliche Probleme, die Kriterien des Vertrags zu erfüllen. Der Vertrag von Maastricht, den Menschen in Europa nur höchst unzureichend erklärt, wurde von vielen Italienern als eine zusätzliche Bürde für ihren Reformprozess betrachtet – als Bürde, die ihnen von Deutschland auferlegt wurde. Damals galt Deutschland bei einem Großteil der öffentlichen Meinung Italiens als großes und wohlhabendes Land, das handelt, ohne sich um die Probleme der europäischen Partner zu scheren.

Nur wenige Beobachter nahmen dabei zur Kenntnis, dass auch Deutschland gewaltige Veränderungen zu stemmen hatte und dass es sein gesamtes institutionelles und ökonomisches System umstrukturieren musste, um die Kluft zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern zu reduzieren. In dieser Zeit war es im Wesentlichen eine kleine, aber einflussreiche Elite in Italien, die sich für gute Beziehungen mit Deutschland engagierte; dabei handelte es sich um dieselbe Gruppe, die den Übergang von der sogenannten »ersten« in die »zweite« italienische Republik bewältigte. Für eine enge Kooperation mit Deutschland und dem europäischen Projekt setzte sich hauptsächlich eine technokratische Elite aus Vertretern öffentlicher Wirtschaftsinstitutionen ein (Banca d'Italia, Finanzministerium etc.).

Vehement unterstützt wurde dies von zwei Premierministern, die von 1992 bis 1994 regierten, Giuliano Amato and Carlo Azeglio Ciampi; beide hatten eine wohlwollende Meinung zu Deutschland. Ciampi, vormals Chef der Banca d'Italia, verfügte über eine profunde Kenntnis Deutschlands und seiner Wirtschaft. Er setzte sich maßgeblich für die Etablierung eines proaktiven Dialogs »auf Augenhöhe« mit Berlin ein. Silvio Berlusconi, dessen erste Regierung weniger als zwei Jahre währte (1994–95), änderte nichts an dieser Ausrichtung. Die zwei Mitte-Links-Regierungen, die folgten (Romano Prodi und Massimo D'Alema), förderten die guten italienisch-deutschen Beziehungen weiter. Sie drängten auf eine Einhaltung der Maastrichter Kri-

terien und scheuten auch harte Maßnahmen nicht, um dieses Ziel zu erreichen.⁴

Die Wirtschaft war in den neunziger Jahren Italiens Hauptsorge, und die Tatsache, dass die »deutsch inspirierte« Europäische Union von den italienischen Verbrauchern und Steuerzahlern Opfer verlangte, trug dazu bei, Deutschlands Image weiter einzutrüben. Zwischen 1991 und 2001 lieferten Italiens und Deutschlands Ökonomien sehr unterschiedliche Vorstellungen ab. In den frühen neunziger Jahren litten beide Länder unter massiven Haushaltsungleichgewichten: Deutschland war immer noch wirtschaftlich geteilt und trug zusätzlich an der Last, die neuen Bundesländer integrieren zu müssen, während Italien sein System der öffentlichen Finanzen von Grund auf reformieren musste. Zehn Jahre später war das Bild ein anderes: Deutschland hatte es geschafft, die Verbindung zwischen dem Osten und dem Westen wiederzubeleben, und stieg zum globalen wirtschaftlichen Akteur auf. Italien dagegen war daran gescheitert, sich wirtschaftlich neu aufzustellen; das Land schien nicht bereit für einen Wettbewerb auf globaler Ebene: Weite Teile der Industriestruktur waren demontiert, und die Konzerne waren nicht in der Lage, auf den neuen Märkten mitzuspielen. Es schien, als sei Italien eines der Opfer der deutschen Dynamik: Deutsche Unternehmen und Banken ersetzten die italienischen Präsenzen in vielen Ländern auf dem Balkan und in Osteuropa, und sie zogen Nutzen aus politischen Initiativen nationaler Regierungen in bestimmten Ländern.⁵

Es ist jedoch wichtig, zu betonen, dass Deutschland nicht nur als Bedrohung angesehen wurde, sondern auch als gutes Vorbild, an dem sich Italien orientieren könnte, um seine eigene Modernisierung voranzutreiben. Im Jahre 1996 veröffentlichte einer der angesehensten italienischen Journalisten, Federico Rampini, ein Buch mit dem Titel »Germanizzazione«, in dem er die Fakten nannte, die Deutschland zu dem gemacht hatten, was er für ein Modell für Europa hielt: Die deutschen Kriterien für öffentliche Finanzen, die in EU-Gesetze gegossen wurden, und das deutsche Kapitalismusmodell.⁶ Für eine Minderheit der italienischen Experten und Wissenschaftler war das deutsche Modell der ideale Weg, um das italienische institu-

tionelle und ökonomische System zu reformieren. Die Frage, die die Mehrheit beschäftigte, war die, ob Italien demselben Pfad folgen sollte. In dem Jahrzehnt, das auf die Wiedervereinigung folgte, entwickelte Deutschland aus italienischer Sicht eine Doppelrolle: Einerseits stieg es zu einer der neuen Führungsmächte in Europa und zur neuen aggressiven Wirtschaftssupermacht auf, doch gleichzeitig lieferte es ein Modell für Länder, die ihre Institutionen und ihre Wirtschaft zu reformieren wünschten.

Von Bagdad bis Merkozy: Die schwierigen Jahre 2001–2011

Italiens Vorbehalte gegenüber Deutschlands europäischen Initiativen im Jahrzehnt zwischen 1991 und 2001 wurden bis zu einem gewissen Grad durch deutsch-italienische Einigkeit im transatlantischen Kontext kompensiert: Deutschland und Italien waren beide loyale NATO-Mitglieder und verlässliche Freunde der Vereinigten Staaten. Zu Beginn des neuen Jahrtausends freilich kam Unsicherheit auf, ob diese Prämissen weiterhin als sicher gelten könnten. Hintergrund der Irritationen war die Strategie, die die US-Regierung als Antwort auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus präsentierte. Anfänglich leisteten die deutsche und die italienische Regierung volle Unterstützung für die Intervention in Afghanistan. Doch als George W. Bush eine größer angelegte Initiative vorantrieb, um die Region zu stabilisieren, die er den »größeren Mittleren Osten« nannte, reagierten Palazzo Chigi und Bundeskanzleramt sehr unterschiedlich auf die Entscheidung, im Irak einzumarschieren. Silvio Berlusconi unterstützte den amerikanischen Ansatz vorbehaltlos und schloss sich der buntgemischten Koalition europäischer Länder an, die sich an der Intervention gegen Saddam Hussein beteiligten.⁷

Diesem Kurs mochte Berlin, obwohl grundsätzlich in Sachen Terrorbekämpfung auf derselben Linie, nicht folgen. Anders als einige andere EU-Länder (Großbritannien, Spanien, Italien, Niederlande, Portugal und Dänemark) schloss sich Deutschlands Regierung Frankreich an, das sich der militärischen Intervention widersetzte.

Ihre unterschiedlichen politischen Orientierungen und ihre divergierenden Haltungen in dieser zentralen außenpolitischen Frage beeinflussten die Zusammenarbeit zwischen Italien und Deutschland auf EU-Ebene tief greifend. Berlusconi stellte die Prioritäten der italienischen Außenpolitik auf den Kopf und ordnete Italiens traditionelle europäische Ausrichtung bilateralen Partnerschaften außerhalb der EU unter (sowohl mit den USA als auch mit Wladimir Putins Russland).⁸ Teil seiner Neuaufstellung der italienischen Außenpolitik war ein Rekurs auf Italiens Albtraum einer deutsch-französischen »Achse« und eine offene Kritik am angeblichen Entstehen eines »germanisierten Europas«, in dem die Schlüsselentscheidungen durch Berlin und Paris getroffen würden.

In diese Jahre fiel mit dem Berlusconi-Schulz-Zusammenstoß im Europaparlament ein außergewöhnliches Drama – das seinerseits allerdings nur das offenkundigste Beispiel für ein größeres Problem war. Die Situation verbesserte sich teilweise, als Romano Prodi wieder in den Palazzo Chigi einzog: Sein Mitte-Links-Kabinettt bestimmte die EU formal zum ersten Referenzpunkt für Italien und trat für ein neues Kapitel in den Beziehungen zu Deutschland ein.⁹

Doch dann war es die Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Wiederannäherung zwischen den beiden Ländern torpedierte. Seit Herbst 2008, als sich die US-Finanzkrise in der ganzen Welt ausbreitete und insbesondere der EU hart zusetzte, sprachen Deutschland und Italien mit zwei verschiedenen Stimmen. Angela Merkel setzte sich stark dafür ein, Europas Ökonomien durch strikte fiskalische Regeln und den Kampf gegen Inflation stabil und kreditwürdig zu halten. Italien warb gemeinsam mit anderen EU-Regierungen für einen alternativen Ansatz der Krisenbewältigung.¹⁰ In den Jahren 2010–2011, als die Auswirkungen der globalen Krise in der EU spürbar wurden, prallten die zwei Visionen offen aufeinander. Vertreter der deutschen Regierung und der Europäischen Zentralbank erklärten unumwunden ihr Entsetzen angesichts der italienischen Vorschläge, und Angela Merkel übte offen Kritik an Silvio Berlusconi und Giulio Tremontis Initiativen. Ungeachtet seiner »Freundschaft« (wie er es nannte) mit dem französischen

Präsidenten Nicolas Sarkozy gelang es Berlusconi nicht, eine Wiederbelebung der Achse Paris-Berlin zu verhindern.

Hinzu kam, dass die schwierigen persönlichen Beziehungen zwischen der deutschen Kanzlerin und dem italienischen Premierminister die Entfremdung zwischen den beiden Regierungen zutage treten ließen. Viele Italiener waren nicht gerade begeistert von dem, was sie als deutsches Überlegenheitsgefühl wahrnahmen: Als Merkel und Sarkozy auf einer Konferenz im Oktober 2011 feixten, nachdem man sie zu Berlusconis Fähigkeit, die Krise in den Griff zu bekommen, befragt hatte, kritisierten die Italiener einhellig ihr unhöfliches und kleinliches Verhalten.¹¹ Natürlich, viele italienische Beobachter hatten mit dem Mangel an Glaubwürdigkeit zu kämpfen, den Italien wegen Berlusconis Außendarstellung auf dem internationalen Parkett hinnehmen musste. Doch die Tatsache, dass sich Deutschland auf EU-Ebene so rigide und halsstarrig verhielt, ließ die italienische Enttäuschung über Deutschlands Führungsstil wachsen.

Dabei ging es nicht nur um Berlusconi. Nach dessen Rücktritt und dem Amtsantritt Mario Montis als Premierminister wurde die Kritik aus Deutschland – wenig überraschend – nicht leiser. Als die Griechenland-Krise sich im Jahre 2011 zuspitzte, blieb Deutschland bei seiner starren Haltung; es weigerte sich, Krisenstaaten, die sich dem Angriff von Spekulanten ausgesetzt sahen, bedingungslos zu unterstützen. Die meisten italienischen Kommentatoren kritisierten Merkels Ansatz: Zum ersten Mal wurde die Kanzlerin als Verfechterin deutscher Interessen dargestellt – deutscher Interessen, die im Widerstreit zu den europäischen stünden. Die Wahlschlappe der Merkel-CDU im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen im Frühsommer 2012 wurde in Italien mit unverhohlener Befriedigung aufgenommen: Ernesto Galli della Loggia, ein bekannter Historiker und Publizist, verdammt die »leere und öde Sparsamkeit eines deutschen Europas«.² Während Mitte-Rechts-Kommentatoren nun Rache an der Kanzlerin nahmen, die Italien schmähte, riefen sogar gemäßigte und linke Stimmen nach einem Ende des altmodischen Sparkurses in der EU. In beiden Fällen wurde Merkels Deutschland als veraltetes Modell für europäische Sparsamkeit gezeichnet.

Ein Fall für Italiens Analysten: Der globale Aufstieg Deutschlands

Für den Durchschnittsitaliener ist Deutschland eng verbunden mit den wirtschaftlichen Problemen, unter denen die EU derzeit leidet. Doch aus Sicht der außenpolitischen Experten gibt es einen weiteren Faktor, der die Wahrnehmung des Landes beeinflusst: der Aufstieg Deutschlands zu einer globalen politischen Macht. Frei von den Bürden des Kalten Kriegs und der Teilung des Landes begann Berlin nach der Wiedervereinigung, auf der internationalen Bühne eine neue Rolle zu spielen. Rasch war Deutschland als eine der führenden Wirtschaftsmächte in der Welt anerkannt, mit einer ausgeprägten Exportorientierung und einer Spezialisierung auf strategische Sektoren wie Erneuerbare Energien, Automobilindustrie etc. Es entwickelte sich eine Aufwärtsspirale, in der eine boomende Wirtschaft die soziale und politische Entwicklung förderte, während Italien in einem Teufelskreis feststeckte, in dem eine schwächelnde Wirtschaft die Erholung der öffentlichen Haushalte und die Behebung struktureller Probleme behinderte (vor allem die Kluft zwischen Nord und Süd und die strukturellen Schwächen eines Wirtschaftssystems, das auf kleinen und mittelständischen Unternehmen basiert).

Die führende Rolle des Landes in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen führte zusammen mit dem wiedergefundenen Vertrauen in die deutsche Nation dazu, dass politische, wirtschaftliche und intellektuelle Eliten nach internationaler Anerkennung für den Wandel des »neuen« Deutschlands strebten. Ein wichtiger Schauplatz hierfür waren die Vereinten Nationen: Seit den frühen Nuller Jahren haben sich deutsche Diplomaten offen um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat bemüht. Die Italiener empfinden Deutschlands Bemühen um Anerkennung als direkte Bedrohung, denn sie fürchten, dass ein deutscher »Aufstieg« durch eine »Abwertung« Italiens ausgeglichen würde. Die italienische UN-Delegation hat versucht, den deutschen Vorstoß auszubremsen, und Italien unterstützt nach wie vor UN-Reformen, die den deutschen Vorschlägen zuwider laufen.¹³

In den vergangenen Jahren hat Italiens Diplomatie in steigendem Maße unter den deutschen Ambiti-

onen, im Mittelpunkt zu stehen, gelitten. Im Jahre 2006 etwa wurde Rom aus der 5+1-Gruppe ausgeschlossen (die fünf ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder plus Deutschland), die den Auftrag hatte, mit dem Iran zu verhandeln – und das, obwohl Italien Teherans wichtigster Handelspartner war.

Ganz grundsätzlich hat Italien noch nicht das neue Vertrauen akzeptiert, das die Deutschen in die Fähigkeit ihres Landes haben, eine Rolle auf der internationalen Bühne zu spielen. Nur wenige Kommentatoren haben sich in jüngster Zeit optimistisch zum Aufstieg eines »globalen Deutschlands« geäußert. Der Hauptgrund dafür ist, dass es für die meisten Analysten nicht möglich ist, positive Einschätzungen Deutschlands von negativen Perzeptionen Italiens zu trennen.

Lasst uns weiterkommen!

Die neue italienische Regierung unter Mario Monti hat sich bemüht, eine neue Dialogkultur mit der deutschen Führung zu etablieren.¹⁴ Nach Nicolas Sarkozys Wahlniederlage in Frankreich haben viele Kommentatoren eine neue Merkel-Monti-Partnerschaft gefordert (gleichsam eine politisch korrekte Version der alten »Achse« Rom-Berlin). Doch auch jenseits der Slogans und trotz der Ungewissheit, wie sich die europäische Politik entwickeln wird, scheint eine Annäherung zwischen Deutschland und Italien im Dialog über Mittel und Wege aus der europäischen Krise möglich. Im öffentlichen Narrativ nehmen die Italiener Deutschland allerdings eher als einen Grund zur Sorge wahr denn als Partner. Eine logische Konsequenz dieser Perzeption ist die Verschlechterung der deutsch-italienischen Beziehungen. Es gibt eine Fülle von Indizien dafür, dass das, was der Historiker Gian Enrico Rusconi als »schleichende Entfremdung« bezeichnet hat, derzeit das Verhältnis zwischen den beiden Ländern bestimmt.¹⁵ Kleinere Probleme werden im öffentlichen Narrativ aufgeblasen; die vorhandenen starken Argumente zugunsten der deutsch-italienischen Partnerschaft dagegen werden kaum einmal erwähnt.

Die Wirtschaft etwa, die stets als Hauptgrund des Zerwürfnisses zwischen Italien und Deutschland

dargestellt wird, sollte, ganz im Gegenteil, als Schlüsselargument zugunsten der Partnerschaft betrachtet werden. Schaut man sich einmal die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen an, dann ist Deutschland ein wichtiger und verlässlicher Partner für Italien: Im Jahre 2011 stiegen die italienischen Exporte nach Deutschland um 12,5 Prozent; damit bleibt Deutschland der Hauptabnehmer italienischer Güter.¹⁶ Umgekehrt ist auch Italien ein Schlüsselmarkt für Deutschland: Zwischen 1998 und 2009 stieg Deutschlands Exportüberschuss um 543 Prozent.¹⁷ Die Beispiele Deutsche Bank, für die Italien der zweitwichtigste Markt nach Deutschland ist, und Audi, das den italienischen Motorradfabrikanten Ducati aufgekauft hat, zeigen Italiens Stellenwert für deutsche Investoren. Jüngere Umfragen haben erneut bestätigt, dass die bilaterale Zusammenarbeit großes Potenzial birgt – und zwar auf allen Sektoren, einschließlich der High-Tech-Strategie 2020, besonders augenfällig auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien.

Es gibt gute Gründe für Italien und Deutschland, ihre Beziehungen in der Krise wiederzubeleben.

Die Aufgabe ist im Grunde sehr einfach: Sowohl Deutsche als auch Italiener müssen erkennen, wie eng die bestehenden Beziehungen sind, und ihre Partnerschaft in der Öffentlichkeit auf eine realistischere Weise darstellen. Doch Stereotypen und Fehlperzeptionen sind nicht so leicht in den Griff zu bekommen. Legt man das zugrunde, dann wird es keine Antwort auf Europas wirtschaftliche und politische Krise ohne ein gegenseitiges Verständnis der Menschen in Europa geben, insbesondere derjenigen aus den Gründungsländern der EWG.

Dr. Federico Niglia ist außerplanmäßiger Professor für internationale Geschichte an der Libera Università Internazionale degli Studi Sociali Guido Carli und lehrt Internationale Beziehungen an der St. John's University in Rom; aus dem Englischen von Joachim Staron.

Der Text erschien im Juni 2012 in: Almut Möller und Roderick Parkes (Hrsg.), *Germany as Viewed by Other EU Member States*, EPIN Paper No 33, Centre for European Policy Studies, Brüssel.

Anmerkungen

- 1 Vgl. das neue Buch von M. Cau (Herausgeber), *L'Europa di De Gasperi e Adenauer. La sfida della ricostruzione* [Das Europa von De Gasperi und Adenauer. Die Herausforderung des Wiederaufbaus (1945–1951)], Bologna 2011.
- 2 Ich habe dieses Problem aus historischer Perspektive analysiert in *Fattore Bonn, La diplomazia italiana e la Germania di Adenauer (1945–1963)*, Florenz 2010.
- 3 »Ho paura che la sproporzione di peso fra Germania ed Europa si farà più marcata, perchè mentre la Germania si appesantisce, fisicamente, i suoi partner diventano meno responsabili, psicologicamente, meno attenti, meno decisi a giocare un ruolo, meno protagonisti. Per noi, dunque, il problema della Germania si aggancia al problema Italia.« F. Colombo, *Troppa Germania per questa Europa*, in: *La Stampa*, 28.9.1990.
- 4 Prodi steht immer noch für die Einführung der viel geschmähten »Eurosteuer«, mit der er das Defizit reduzieren wollte.
- 5 So zogen deutsche Unternehmen Nutzen aus der Entscheidung der Regierung ihres Landes, Kroatiens und Sloweniens Unabhängigkeit im Dezember 1991 anzuerkennen.
- 6 F. Rampini, *Germanizzazione. Come cambierà l'Italia*, Roma–Bari, 1996.
- 7 Eine gute Darstellung der Entwicklung in Italien findet sich bei O. Croci, *The End of Bipartisan Consensus? Italian Foreign Policy and the War in Iraq*, in: S. Fabbrini, V. Della Sala (Hrsg.), *Italian Politics: Italy Between Europeanization and Domestic Politics*, New York, NY 2004.
- 8 Sergio Romano, *Berlusconi's Foreign Policy: Inverting Traditional Priorities*, in *The International Spectator* 2/2006, S. 101–107.
- 9 E. Greco, *La politica estera del governo Prodi*, in: Alessandro Colombo and Natalino Ronzitti (Hrsg.), *L'Italia e la politica internazionale*, Bologna 2007, S. 41–56.
- 10 Der italienische Finanzminister Giulio Tremonti empfahl eine Strategie, die Sparsamkeit mit einer gemeinsamen europäischen Anstrengung der Wachstumsförderung verband. Insbesondere schlug er vor, dass die EU ihre neutrale Haltung in fiskalpolitischen Fragen überwinden und zur Lokomotive des europäischen Wiederaufschwungs werden solle. Kernelement dieses Vorschlags waren die Eurobonds.
- 11 Für einen Kommentar von außen vgl. T. Kington, *Merkozy smirk at EU crisis summit boosts Berlusconi*, in: *The Guardian*, 22.10.2011.
- 12 E. Galli Della Loggia, *L'austerità vuota dell' Europa tedesca*, in: *Il Corriere della Sera*, 13.5.2012.

- 13 Vgl. dazu N. Pirozzi and N. Ronzitti, The European Union and the Reform of the UN Security Council: Toward a New Regionalism? (IAI Working Paper No. 11), Mai 2011, <<http://www.iai.it/pdf/DocIAI/iaiw1112.pdf>>.
- 14 Monti sets out to win German minds, in: Financial Times, 9.5.2012.
- 15 G. E. Rusconi, Th. Schlemmer and H. Woller (Hrsg.), Schleichende Entfremdung? Deutschland und Italien nach dem Fall der Mauer, München 2009.
- 16 Ministero degli Affari Esteri – Ministero dello Sviluppo Economico, Rapporto congiunto Germania, 2nd Semester 2011, Rome, 2012.
- 17 B. Romano, Emozioni tedesche, in: Aspenia 49/2010.

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2012 DGAP